

Koalition lockert Heizgesetz

Union und SPD erlauben den Einbau von Öl- und Gasheizungen

Berlin – Öl- und Gasheizungen sollen nach dem Willen der schwarz-roten Koalition weiter in Wohnhäusern eingebaut werden. Das von der Ampel-Regierung eingeführte Gesetz solle so geändert werden, dass alle Heizungen wieder möglich seien, sagte Unionsfraktionschef Jens Spahn (CDU) in Berlin. Die Förderung für klimafreundliche Anlagen wie Wärmepumpen soll bis mindestens 2029 sichergestellt werden.

Das steht in dem Eckpunktepapier, auf das sich CDU/CSU und SPD geeinigt haben. Die bei der Union verhasste Regelung fällt weg, wonach jede neu eingebaute Heizung mit 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden sollte.

Stattdessen heißt es nun: „Das neue Gesetz wird keine Regelungen enthalten, die den Ausbau oder Wechsel bestehender funktionierender Heizungssysteme verpflichtend machen.“ „Künftig können [...] weiterhin auch Gas- und Ölheizungen eingebaut werden.“

Klimafreundliche Kraftstoffe

Allerdings müssen Gas- und Ölheizungen mit einem wachsenden Anteil klimafreundlicher Kraftstoffe betrieben werden, der 2029 bei 10 Prozent liegen soll. Auf diesen Anteil soll kein CO₂-Preis fällig werden. Das soll einen Anreiz zum Umstieg schaffen.

Für Mieter, die keinen Einfluss haben auf die Heizung ihrer Wohnung, soll es einen Schutz „vor überhöhten Nebenkosten durch den Neuaufbau unwirtschaftlicher Heizungen“ geben – dazu stehen im Papier aber keinerlei Details.

Bis Ostern, also Anfang April, soll das Kabinett einen Gesetzesentwurf verabschieden. Danach ist der Bundestag am Zug. Am 1. Juli soll das neue Gesetz in Kraft treten.

Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes, oft als Heizungs-gesetz bezeichnet, war Anfang 2024 in Kraft getreten. Ziel ist mehr Klimaschutz im Gebäudereich durch einen allmählichen Austausch von Öl- und Gasheizungen.

Was die Heizungsreform bedeutet

Gas- und Ölheizungen bleiben erlaubt – aber nur mit mehr grünem Brennstoff

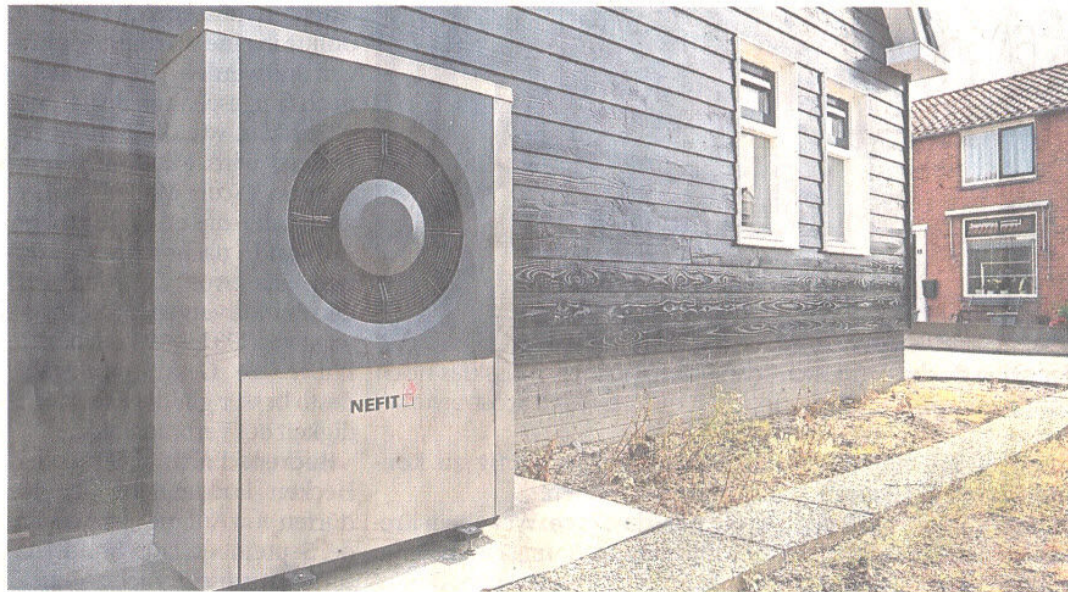
Berlin – Das Heizungsgesetz des früheren Grünen-Wirtschaftsministers Robert Habeck wird abgeschafft – das ist Unionsfraktionschef Jens Spahn (CDU) wichtig. Doch was bedeutet die Reform des Gebäudeenergiegesetzes, auf die sich CDU/CSU und SPD verständigt haben, konkret?

Klar ist: Immobilienbesitzer sollen weiter Öl- und Gasheizungen in ihre Wohnhäuser einbauen dürfen. Die pauschale Pflicht, dass jede neu eingebaute Heizung mit 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden sollte, entfällt.

Allerdings müssen nun neue Gas- und Ölheizungen ab Januar 2029 mit einem wachsenden Anteil klimafreundlicher Kraftstoffe betrieben werden. Das können Biomethan oder synthetische Kraftstoffe sein, die aus unterschiedlichen Ausgangsstoffen hergestellt werden können. Auf den Anteil dieser klimafreundlichen Kraftstoffe soll dann kein CO₂-Preis fällig werden, der auf fossile Brennstoffe erhoben wird. Das soll einen Anreiz zum Umstieg schaffen.

Was sind grüne Brennstoffe?

Die Koalition zählt dazu besonders Biomethan, das zum Beispiel in Biogasanlagen aus Raps, Gülle, Stroh und anderem hergestellt wird, das aber auch in Mooren entsteht. Außerdem werden synthetisch erzeugtes Methan sowie verschiedene Arten von Wasserstoff genannt. Bioheizöl wird zum Bei-

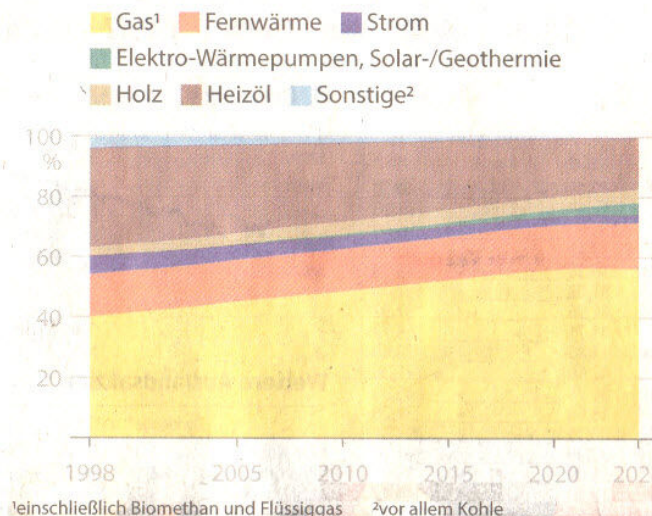


Und was ist mit der Wärmepumpe? Die soll bis mindestens 2029 weiterhin gefördert werden. Für den Einbau von Öl- und Gasheizungen sollen Eigentümer hingegen keine staatliche Förderung bekommen.

HEIKE LYDING/EPD

So heizt Deutschland

Anteil der Energieträger in Wohn- und Nicht-Wohngebäuden



Dieser soll 2029 bei mindestens 10 Prozent liegen und bis 2040 in drei Schritten steigen – unklar ist bisher, bis zu welchem Anteil. Außerdem müssen Energieversorger einen Anteil klimafreundlicher Gase und klimafreundlichen Heizöls liefern, und zwar ab 2028 in einer Höhe von bis zu einem Prozent.

Umweltverbände überzeugt das nicht. „Grüne Gase“ sind nicht in ausreichenden Mengen verfügbar und werden zudem in anderen Sektoren wie der Industrie dringender benötigt“, erklärte der Bund für Umwelt und Naturschutz. „Es ist unverantwortlich, diese fossile Mogelpackung als Klimaschutz zu verkaufen.“

Sibylle Braungardt vom Frei-

resverbrauch von 3000 Litern pro Monat 23 Euro teurer.

„Wasserstoff und synthetisches Methan sind auf absehbare Zeit knapp und müssen effizient eingesetzt werden. Daher haben sie im Heizungskeller in der Regel nichts verloren und drohen für Haushalte zur Kostenfalle zu werden“, sagte Malte Küper vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Auch der VKU erklärte: „Wir sehen aktuell nicht, wie der Hochlauf grüner Gase und insbesondere Biomethan für eine Beimischung ins Gasnetz massiv gesteigert werden kann, ohne weitere Kostensteigerungen für Eigentümer und Mieter zu verursachen.“

Zwar sagen Union und SPD, Mieter, die nicht selbst über ihre Heizung entscheiden könnten, sollten „vor überhöhten Nebenkosten durch den Neueinbau unwirtschaftlicher Heizungen“ geschützt werden. Aber Details müssen noch ausgehandelt werden.

Gibt es weiter Förderung für Wärmepumpen?

Ja, denn der Fördertopf dafür bleibt bis auf Weiteres erhalten. „Die auskömmliche Finanzierung der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) wird bis mindestens 2029 sichergestellt“, heißt es im Eckpunktepapier. Unklar ist aber, ob an weiteren Förderbedingungen geschränkt wird. Die Union und SPD in Berlin stellten aber klar: Für den Einbau von Öl- und Gasheizungen sollen Eigentümer auch nach einer Re-

spiel im Öko-Landbau aus Raps, Soja oder Sonnenblumenöl hergestellt.

Wird es genug davon geben?

Das bleibt abzuwarten. „Bislang gibt es nicht genug Wasserstoff und Biomethan“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Ingbert Liebig. Im Jahr 2024 habe der Erdgasverbrauch für Raumwärme und Warmwasser in deutschen Haushalten bei rund 245 Terawattstunden (TWh) gelegen, sagte die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Kerstin Andreae, der Deutschen Presse-Agentur. „Durch die zukünftig verstärkte Nutzung von Wärmepumpen und anderen Wärmequellen wird

dieser perspektivisch sinken.“

Im Vergleich dazu sei die heutige Biomethan-Nutzung von rund zehn TWh gering, allerdings bestehe Ausbaupotenzial. „In der Gesamtschau lässt sich auf Basis der Studien abschätzen, dass bis zum Jahr 2030 zwischen 50 und 100 TWh Biomethan bereitgestellt werden könnten.“ Allerdings komme es auf bestimmte Faktoren an, zum Beispiel die konkurrierende Nutzung dieser Stoffe in Industrie und Verkehr.

Muss man für das klimafreundliche Gas irgendwas umrüsten?

Das hängt von der Art des Gases ab. „Biomethan kann technisch problemlos wie Erdgas eingesetzt und über die bestehenden Netze transportiert werden“, erklärt der BDEW.

Bei Wasserstoff sei das anders. Die Beimischung in begrenztem Umfang sei technisch möglich. Bei einem höheren Anteil müssten die Leitungen auf die Dauer angepasst werden.

Was heißt das fürs Klima?

Da bleiben viele Fragen offen. Man vertraue darauf, dass Bürger die für sie richtige Heizungsart wählen, heißt es in einem Begleitpapier von Union und SPD. „Wer weiterhin mit fossilen Brennstoffen heizen möchte, muss allerdings nach und nach den Anteil an grünem Öl bzw. Gas erhöhen und so zum Klimaschutz beitragen.“ Wird eine Gas- oder Ölheizung ab Inkrafttreten ausgetauscht, ist die neue Heizung zu einem wachsenden Anteil mit klimafreundlichen Brennstoffen zu betreiben („Bio-Treppe“).

burger Öko-Institut rechnet vor: Mit der bisherigen 65-Prozent-Vorgabe würden nach offiziellen Berechnungen in den Jahren von 2024 bis 2030 rund 30 Millionen Tonnen CO₂ eingespart, allein 10 Millionen Tonnen im Jahr 2030. Die Versorger-Quote soll hingegen laut Eckpunktepapier nur rund zwei Millionen Tonnen einsparen – also viel weniger.

Was bedeutet das für Mieterinnen und Mieter?

Das ist noch offen, aber es könnten Mehrkosten drohen. Denn Gas und Öl mit Bioanteil sind teurer. Nach Angaben der Fraktionen verursacht Biogas für ein Einfamilienhaus mit durchschnittlichem Jahresverbrauch von 23 000 Kilowattstunden aktuell Mehrkosten von bis zu 16 Euro im Monat. Bioöl sei bei einem durchschnittlichen Jah-

form keine staatliche Förderung bekommen.

Gibt es andere Vorschriften, die Immobilienbesitzer bei der Heizungsentscheidung beachten müssen?

Die Fraktionen verweisen selbst auf eine EU-Richtlinie, nach der ab 2030 strenge Klimaschutz-Vorgaben für alle Neubauten gelten. „Die Wärmeversorgung muss dann vollständig aus erneuerbaren oder CO₂-armen Quellen stammen. Das bedeutet in der Praxis, dass Bauherren die Wahl zwischen einer Wärmepumpe, Fernwärme oder Biomasse haben“, heißt es in einem Papier der Fraktionen. Die von Union und SPD jetzt ausgehandelte Wahlfreiheit könnte damit womöglich nur für wenige Jahre greifen.

**MARTINA HERZOG
UND THERESA MÜNCH**

Das Heizungsgesetz als „Mogelpackung“

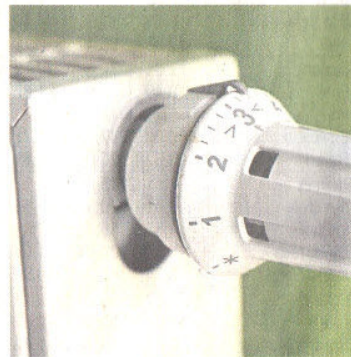
Verbraucherzentrale und Mieterbund warnen vor Verunsicherung und höheren Kosten

Berlin – Die Einigung von Union und SPD auf eine weitgehende Abschaffung des sogenannten Heizungsgesetzes trifft auf harte Kritik. Neben Umwelt- und Klimaschützern kritisierte insbesondere der Mieterbund den Vorschlag, den Einbau von Öl- und Gasheizungen langfristig zu erlauben, am Mittwoch scharf. Auch die Industrie zeigte sich mit Blick auf die Verfügbarkeit von Wasserstoff und grünen Gasen für den klimafreundlichen Betrieb der Heizungsanlagen skeptisch. Zuspätkommt hingegen von der Gaswirtschaft sowie von Eigentümer- und Vermieterverbänden.

bänden.

Die Verbraucherzentrale warnt vor neuer Verunsicherung durch Pläne der Koalitionsfraktionen für ein neues Heizungsgesetz. „Das Gebäudemodernisierungsgesetz wird für viele Verbraucherinnen und Verbraucher zur Mogelpackung werden“, erklärte die Vorständin des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Ramona Pop, am Mittwoch.

Um die Klimaziele bis 2040 zu erreichen, soll es nun eine sogenannte Grüngasquote geben: Die neue Öl- oder Gasheizung muss zu einem steigenden Anteil mit grünen Brennstoffen



Die Einigung zu neuen Vorgaben für Heizungsanlagen sorgt für viel Kritik. EPD

betrieben werden, wie es im Eckpunktepapier heißt. „Entgegen wissenschaftlicher Evi-

denz stellt die Bundesregierung vage Hoffnungen auf ein Hochlaufen eines Grüngasmarktes in Aussicht“, fuhr Pop fort. Damit schaffe die Koalition eine „neue Verunsicherung“.

Der Deutsche Mieterbund wies auf Untersuchungen hin, die darauf hindeuteten, dass Energieträger wie Wasserstoff oder Biogas knapp und teuer würden. Das Heizen mit fossilen Gas- und Ölheizungen wiederum wird durch steigende CO₂-Preise tendenziell teurer.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warf der Regierungskoalition „maximale Orientierungslosigkeit“ vor. „Er-

neuerbare Moleküle werden in der Industrie dringender gebraucht und drohen im Heizungsbereich Eigentümer und Mieter in die Kostenfalle zu treiben“, kritisierte das DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell.

Die Gaswirtschaft begrüßte die Vorschläge der Koalition hingegen als „wichtigen Perspektivwechsel“. Die „Grüngasquote“ sei dabei der „zentrale Hebel“. „Wir begrüßen, dass die Vorschläge aus dem Eckpunktepapier den Eigentümern und Eigentümerinnen Flexibilität und Entscheidungsfreiheit zurückgeben“, erklärte der Verband Wohneigentum. afp/dpa